



Die Linke

Bezirksverband
Hamburg Mitte

Juni 2025

Weiter aktiv gegen Rechts – nicht nur hier in Hamburg



Die Auseinandersetzung mit den Rechtsextremen, Nazis und Faschisten in Hamburg und anderswo bleibt eine unserer wichtigsten Aufgaben. Nach wie vor gilt: Keine Toleranz für Parteien wie die AfD, deren Vertreter sich selbst als „das freundliche Gesicht des Nationalsozialismus“ charakterisieren. Keinen Fußbreit den Faschisten! (Foto aus Demmin: Christiane Schneider, siehe auch S. 11 und 13)

Redaktionsschluss für die Juli-Ausgabe:
Freitag, 27.06.2025

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Speeddating / NOlympia	S. 2
Veteranentag	S. 3
Kino: Wenn die Kraniche ziehen	S. 4
Fahrradsternfahrt 22.6. dabei sein!	S. 5
Grün und südwärts	S. 6
Hitzeschutz: Senat tut nichts	S. 8
Vergabe Merkenstraße, Teil 3	S. 9
Tarifabschluss ÖD – ein Trauerspiel	S. 10
Antifa praktisch / Aus den BON	S. 11
Semra Ertan begegnen	S. 13
So arbeitet der neue BeVo	S. 13
Termine / Kontakt	S. 14

Samstag, 21. Juni:

Dein Speed-Dating mit Linker Hamburgpolitik.

Dieser Samstag ist wie für Dich gemacht!

Du bist neu in der Linken? Du bist fast schon in der Linken? Du bist neu in Hamburg oder nicht mehr ganz neu aber wissenshungrig? Du willst Leute kennen lernen? Du willst knackige Argumente für anstehende Infostände, Haustürgespräche, Schnacks mit Nachbarn, Freunden, Verwandten?

Unsere wechselnden Top-Referent*innen u.a. aus Partei, Bürgerschaft, Rosa-Luxemburg-Stiftung und Landesarbeitsgemeinschaften (LAGs) brennen darauf, ihr Wissen weiterzugeben und mit Dir zu diskutieren.

Anmeldungen erbeten an:

veranstaltungen@die-linke-hamburg.de

10.45 Uhr Empfang und Einführung

- 11.00 - 11.50 Uhr Helfen statt Labern – die Sozialberatung der LINKEN / bestens beraten mit Olga Fritzsche, MdHB ([LAG Die Linke hilft](#))
- 12.05 – 12.55 Uhr Wenn es mal wieder eng wird – Wohnen in Hamburg / Couchsurfen mit Marco Hosemann, MdHB ([LAG Wohnen](#))

NOlympia (wird fortgesetzt)

Während der Hamburger Senat mit Gästen im Bunker an der Feldstraße auf St. Pauli vor geladener Presse die Eckdaten einer Olympia-Bewerbung vorstellte, fanden vor dem Bunker, auf dem

12.55– 13.45 Uhr
gemeinsames Essen und Kennenlernen

- 13.45 – 14.35 Uhr Antifa ist (Hand-)Arbeit – über rechte Abgründe / aktivieren lassen von Laura Schüttpelz ([LAG Antifa](#))
- 14.50 – 15.40 Uhr Lohn-Preis-Spirale entlarvt - Warum höhere Löhne in Stadt und Bund der Inflation egal sind / auf ins Gute Leben mit Xenija Melnik, stellv. Fraktionsvorsitzende
- 15.55 – 16.45 Uhr Who runs the World? - Feminismus in Partei und Land / da geht noch was mit Natascha Wilhelmi ([LAG Feminismus](#), Landesvorstand)

17.00 Uhr Ausklang und Ende

Veranstaltungsort:

Landesgeschäftsstelle Die Linke
Burchardstraße 21 (4. Stock)
20095 Hamburg



Heiligengeistfeld und dem Millerntor-Stadion mehrere Protestaktionen dagegen statt. ...
(Text Dirk Seifert, Bild ena - hier Aktion vor dem Bunker)



Veteranentag oder mehr Helden braucht das Land? Nein zum Krieg – für Abrüstung und Diplomatie

General, der Mensch ist sehr brauchbar.

Er kann fliegen und er kann töten.

Aber er hat einen Fehler:

Er kann denken.

„General, dein Tank ist ein starker Wagen“,

Bertold Brecht, 1936/37

Dieses Jahr soll zum ersten Mal seit 1945 in Deutschland der Veteranentag gefeiert werden. Da Männlichkeit und Kriegserfahrung heute für den Helden- (Veteranen) Status nicht reichen, wird im Beschluss des Bundestages für den Veteranentag festgehalten: „Als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Uniform setzen sich unsere Soldatinnen und

Soldaten alltäglich in ihrem herausfordernden Dienst für Freiheit, Frieden und die Wahrung der Menschenrechte ein. In ihren Einsätzen leisten sie einen wichtigen Beitrag für den Frieden weltweit und für unsere gemeinsame Sicherheit. Die Bundeswehr ist seit 1959 in mehr als 50 Ländern im Auslandseinsatz gewesen.“

Zur Erinnerung, weder im Irak, Afghanistan, auf dem Balkan, oder in Mali ging es um Freiheit, Frieden oder die Menschenrechte. Diese Kriege wurden wesentlich für den Ausbau geopolitischer und wirtschaftlicher Interessen des Westens geführt. Dementsprechend wird das größte Leid an der Zivilbevölkerung verbrochen, nicht nur im Krieg, sondern auch durch die massiven Folgen der Zerstörung des Krieges. Beispielsweise wurde die Zahl an Kinderkrebserkrankungen in Teilen des Iraks durch den Einsatz von Uran Munition durch die USA und England verdreifacht. All das geschieht nicht für hohe Werte und so wieso gibt es im Krieg keine Helden, geschweige denn eine „gute“ und eine „böse“ Seite. Die einzige richtige Seite ist die der Kriegsverräter, welche wir nach mehreren Jahrhunderten Kämpfen für die Überwindung des Krieges auf hohem Niveau wahrnehmen können.

Kundgebung

gegen den Veteranentag

Sonntag, 15.06. ab 12 Uhr

Kreuzung Poststraße/Neuer Wall



Den Krieg zu verraten, das heißt die Verwirklichung der UN-Charta, die im Grundsatz davon ausgeht „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren“ und „den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern.“ Dazu gehört auch das Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen, das heißt der Ver-

pflichtung aller Staaten Kriegen vorzubeugen und die diplomatische Lösung immer der militärischen vorzuziehen.

Das heißt Universitäten, die zivil gestaltet sind und Wissenschaften, die zur Verringerung des Übels Weltweit beitragen. Schulen, in denen wir lernen emanzipiert alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu verbessern, egalitär statt rassistisch, Menschenfreundlich statt Konkurrenzhaft. Das heißt ein Gesundheitswesen nicht als erweitertes Feldlazarett, sondern für die allseitige Gesundheit des Menschen.

Das heißt auch die Kampfansage gegen die Bedingungen des sozialen Elends weltweit. Laut Oxfam 2024 würden alleine 2,9 Prozent der jährlichen Militärausgaben der G7-Staaten von damals insgesamt 1,2 Billionen Dollar ausreichen, um den Hunger in der Welt zu beenden und einen fairen Anteil zur Lösung der sogenannten Schuldenkrise im Globalen Süden zu bezahlen.

Wir brauchen keine Helden (Muskelpotze an der Front und brave Frauen am Herd), sondern den klug engagierten Kampf der vielen für die Realisierung von weltweitem Frieden, sozialer Gleichheit und Solidarität, dabei kommt es auf jeden an und jeder ist gebraucht!

(Dürfen Frauen auch mitmachen? – red)

„Wenn die Kraniche ziehen“ Ein Film von Michail Kalatosow (SU, 1957)

Humanität und Krieg bilden einander ausschließende, fundamentale Gegensätze. Diese trivial klingende, aber menscheitsgeschichtlich mühsam errungene Erkenntnis des 20. Jahrhunderts ist es, die mit rabiatem Primitivismus für nichtig erklärt wird, wenn die „Kriegstauglichkeit“ wieder zur obersten Priorität allen gesellschaftlichen Handelns in der Bundesrepublik erhoben werden soll.

Am 22. Juni 1941 begann die faschistische, deutsche Wehrmacht mit dem Überfall auf die Sowjetunion den grausamsten Raub- und Vernichtungsfeldzug, den die Welt je erlebt hat. Über 27 Millionen Sowjetbürger:innen wurden ermordet, ganze Landstriche komplett verwüstet, entvölkert und auf Jahrzehnte unbewohnbar gemacht, bevor am 8. Mai 1945 den vereinigten Kräften der Anti-Hitler-Koalition unter Führung der UdSSR die Befreiung von Faschismus und Weltkrieg gelang.

Es war bereits der zweite, vom deutschen Militarismus entfesselte Weltenbrand, der nur durch die revolutionäre Friedenstat der sozialistischen Sowjetbevölkerung ein Ende fand.

Heute, 80 Jahre später, ist die Frage, wie Kriege zu beenden und für alle Zeiten unmöglich zu machen sind, umso dringlicher gestellt. Zu ihrer Beantwortung deutlich hilfreicher als die wiederauflebenden Phantasmagorien der zweifach „Besiegten“ dürften die historischen Erfahrungen, Lehren und Schlussfolgerungen der damaligen Befreier sein.

Kaum ein künstlerisches Werk legt davon so eindrucksvoll Zeugnis ab, wie der 1957 veröffentlichte, cineastisch die sowjetische „Taufwetter“-Periode begründende Antikriegsfilm „Wenn die Kraniche ziehen“ von Michail Kalatosow.

Die Rohheit des Krieges wird darin sehr bewusst nicht anhand des vordergründigen militärischen Geschehens reflektiert, sondern in dem dramatischen, widerspruchsvollen Ringen um Humanität, das sich jenseits der Front abspielt. Handlungsleitend ist der Werdegang Weronikas, einer Moskauer Studentin, deren liebevoll-sympathetische, zunächst recht naiv anmutende Verbindung mit dem Studenten Boris einen jähen Bruch erfährt, als dieser sich angesichts des faschistischen Überfalls freiwillig zur Roten Armee meldet. Allen Anflügen idealisierender Verklärungen trotzend bekundet Boris' Vater sein tiefes Missbehagen über die Entscheidung des Sohnes, kann ihn jedoch nicht abhalten. Als Weronikas Familie bei einem Luftangriff auf Moskau zu Tode kommt,

nimmt der Vater sie wohlwollend auf. Der wegen einer erschlichenen Freistellung ebenfalls im Haus lebende Cousin von Boris nutzt jedoch Weronikas Hilflosigkeit in einem neuerlichen Bombenhagel aus und vergewaltigt sie. Aus Scham und Verzweiflung heiratet sie den Cousin und wird mit der Familie angesichts des deutschen Vormarschs nach Sibirien evakuiert. Ahnend, dass Boris den Fronteinsatz nicht überleben wird und sich selbst des „Verrats“ bezichtigend, will sie ihrem sinnlos erscheinenden Leben ein Ende bereiten, als sie unwillkürlich einem kleinen, kriegsverwaisten Jungen das Leben rettet. Die leise keimende Hoffnung wird zusätzlich genährt, als Boris' Vater die niederen Machenschaften des Cousins durchschaut und sich entschließt, diesen, anstelle Weronikas, vor die Tür zu setzen.

Seine dramatisch-wegweisende, nachhaltig aufklärerische Wendung nimmt die Filmerzählung jedoch zum Schluss, als Weronika im allgemeinen Jubel über das Ende des Krieges durch einen Frontkameraden die unmissverständliche Nachricht von Boris' Tod erhält.

Die folgende Ansprache des kriegsgezeichneten Freundes an die Moskauer Bevölkerung möchte man als Dauerbotschaft all jenen in Endloschleife zu Gehör und Bewusstsein bringen, die noch immer nicht begreifen wollen, dass der Krieg seinem Wesen nach nur Verlierer kennt und dass es der Frieden ist, den es zu gewinnen gilt.

Die leidgeprüfte Liebe Weronikas reift zur unbedingten, uneingeschränkten Liebe zum Leben, zum Menschen und seiner allseitig erfreulichen Entfaltung. Für dieses produktive, schöpferische Werk sind alle geistigen und materiellen Ressourcen zu mobilisieren, die die Menschheit über Jahrtausende hervorgebracht hat. Das sind die unhintergehbaren Lehren aus zwei Weltkriegen, die es mit leidenschaftlichem Verstand konsequent zu verwirklichen gilt. Nie wieder Faschismus bedeutet nie wieder Krieg!

Darum: International solidarisch – Schluss mit Austerität!

„Da lesen wir in der demokratischen Presse etwas von der »Gefährdung des Wehrgedankens«. Aber wir wollen ihn so gefährden, dass ihm die Luft ausgeht, und wir pfeifen auf jenen »gesunden Pazifismus«, der die Heere aufbaut und erweitert, der den Massenmord präpariert, der sein Land ins Unglück stürzt und der ebenso verbrecherisch ist wie das, was er vorbereitet.“
Kurt Tucholsky, „Gesunder Pazifismus“, 1928.



Am 22. Juni 2025 rollt die Fahrradsternfahrt Hamburg wieder durch Hamburg! **Die LAG Mobilität lädt ein, als Linker Block mitzurollen!** Es gibt viele Startpunkte und Einstiegsmöglichkeiten von unterwegs. Wir treffen uns um 10.15 Uhr am Altonaer Balkon und fahren die Hauptroute mit.

Die Fahrradsternfahrt Hamburg wird von Mobil ohne Auto Nord e.V. veranstaltet. Der Verein besteht aus ADFC Hamburg/ Schleswig-Holstein/ Niedersachsen, Autofreies Wohnprojekt Saarlandstraße, NaturFreunde Hamburg, Nordkirche, Umwelthaus am Schüberg und VCD Nord.

Von über [80 Startpunkten im norddeutschen Raum](#) brechen wir am Sonntag, den **22. Juni 2025**, mit tausenden Radfahrer*innen zur Fahrradsternfahrt Hamburg in die Innenstadt auf. [Die Routen](#) führen mit Polizeibegleitung über für uns gesperrte Hauptverkehrsstraßen, die Routen südlich der Elbe fahren wie gewohnt ein Stück auf der Autobahn 255 über die Elbe.

Die Sternfahrt ist mehr als eine Freizeitveranstaltung. Sie ist eine Demonstration dabei setzen wir uns für den konsequenten Ausbau der Radinfrastruktur ein. Die

Linke Hamburg unterstützt viele der Forderungen, insbesondere Einführung von Tempo 30 innerorts und den Anschluss der Radschnellwege an das Velorouten-Netz in Hamburg, sowie eine deutliche Reduktion des motorisierten Individualverkehrs.

► Wir treffen uns um 10.15 Uhr am Altonaer Balkon und fahren die Hauptroute mit.

Unterwegs gibt es Möglichkeiten hinzuzustoßen, insbesondere in Mitte, Wilhelmsburg, Harburg

❏ Das Ziel ist der Jungfernstieg um 15.00 Uhr

❏ Vergesst die roten Westen nicht! Nur Westen, keine Flaggen, keine Flyer.

🚲 Packt für unterwegs Sonnencreme, etwas zum Trinken und Essen ein!

Veranstaltungsort: Hamburg / Altonaer Balkon bis Jungfernstieg

Veranstalter: Mobil ohne Auto Nord e.V. / LAG Mobilität

Grün- und südwärts!

Biolandbau und "globaler Süden" in der LAG "Klimagerechtigkeit"

Was heißt Biolandbau zusammengefasst:

(Mal gucken gehen: www.ifoam.bio und www.fibl.org/de/)

Organische Landwirtschaft fördert gesunde Böden, die zudem mehr Kohlenstoff speichern können. Durch Fruchtwechsel, Kompostierung, Mischkulturen und reduzierte Bodenbearbeitung wird die Bodengesundheit verbessert.

Keine synthetischen Pestizide und Düngemittel: das fördert die Gesundheit von Bauernfamilien und Gesamtbevölkerung, es minimiert die Umweltbelastung und die Treibhausgasemissionen.

Ökologische Landwirtschaft fördert die Artenvielfalt, was zur Stabilität von Ökosystemen beiträgt und die Resilienz gegenüber Klimaveränderungen erhöht.

Biologische Betriebe arbeiten nachhaltig, reduzieren den Wasserverbrauch, minimieren Erosion und stabilisieren und erneuern sich aus eigenen Ressourcen.

Biolandbau ist also eine unverzichtbare HILFE für die Partei und unsere Arbeitsansätze in ihr: eine enorme Unterstützung für Umweltschutz, Klimafolgenabmilderung und -umkehrung, adäquate Ernährung, Arbeitsplatzsicherung, Böden- und Wasserprobleme, Bevölkerungsgesundheit, und wegen seines holistischen Ansatzes ist er auch in der Lage, Mentalitäten und Haltungen zu Natur, unserer Rolle in ihr, zu beeinflussen und - kombiniert mit fairem Handel - Gerechtigkeit auch im Nord-Süd-Verhältnis zu ändern, zu vertiefen oder herbeizuführen.

Metropole Hamburg

Es wäre nun ein sehr beschränktes Verständnis von Biolandbau zu sagen, Hamburg als Großstadt habe kaum etwas mit diesen alternativ Ackernden zu tun. Es handelt sich um eine gesamtgesellschaftliche Notwendigkeit! Peter Röhrig vom BÖLW (Bundesverband Ökologische Lebensmittelwirtschaft. www.boelw.de) sagt:

"Zentral ist, die große Innovationskraft der Bio-Branche zu stärken. Nach wie vor wird Bio seitens der Forschungsförderung diskriminiert. Die staatlichen Budgets hinken weit hinter dem Flächenanteil und der Marktbedeutung von Bio hinterher. [...] Politik ist gefordert: Deutschland braucht eine Strategie zur Stärkung einer dezentralen, nachhaltigen Land- und Ernährungswirtschaft, für die Bio mit seinen mittelständischen Unternehmen und Start-ups zentral ist. [...] Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerien in Bund

und Ländern müssen endlich zusammenarbeiten, unsinnige Bürokratie abbauen, Förderprogramme neu ausrichten. [...] Bisher werden Regelungen mit Blick auf die Verhältnisse in Großunternehmen gestaltet. Künftig müssen kleine und mittlere Akteure besser berücksichtigt werden."

Hamburger Kantinen

Auch in Hamburg braucht es Verantwortung für die Gemeinschaftsverpflegung. Öffentliche und private Kantinen müssen zum Real-Labor für gesundes Essen werden. Bio-Produkte und eine gute Beratung der Küchen sind Garant dafür, dass das gelingt.

Babykost muss heute schon höchste Anforderungen erfüllen und ist deswegen meistens Bio. Wann gibt es gutes Essen für alle, von Kitas über Schulen bis hin zu Universitäten, Polizei und Feuerwehr, Behörden, Gefängnissen und Kliniken? Diese Daseinsfürsorge ist überfällig und kein Luxus.

Zig- bis Hunderttausende Hamburgerinnen und Hamburger essen "bio" - das wäre ein großer Sprung vorwärts zur Verbreiterung dieses einzig rationalen Landwirtschaftsansatzes mit schon messbarem Einfluss auf Klima und Gesundheit!

Fokussierung

Unsere Ernährung, wie sie hergestellt, propagiert und organisiert ist, gehört unbedingt in den Fokus. Klimakatastrophe, Umwelt, Wasser, Böden und mehr sind hier aufgeführt, alles das sollten Fokus-Themen für unsere Partei sein oder sind es bereits bei vielen Mitgliedern und anderen Menschen.

Klimagerechtigkeit: der sogenannte globale Süden

Biolandbau, ökologische Agroforstwirtschaft ... Antworten auf Krisen

Educación adecuada y de calidad
Pre-condición para el cambio de mentalidad necesario en la agricultura nicaragüense



Bei dem Wort Klimagerechtigkeit nicht sofort an all die Länder und die Bevölkerungen zu denken, die kaum etwas beitragen oder beigetragen haben zur Katastrophe, aber bereits darunter leiden oder leiden werden, wäre ziemlich borniert. Klima macht nicht halt vor Staatsgrenzen.

Gerechtigkeit heißt zudem, dass die Länder des sogenannten globalen Nordens eine unleugbare Verpflichtung haben, dort auszugleichen, wo besonders harte Konsequenzen bereits drohen, nicht verschuldet von den Einwohnerinnen und Einwohnern, kaum auch von ihren Regierungen. Das alles muss natürlich mitgedacht werden, wenn es um Klimapolitik geht, wenn es um die Bereitstellung der Finanzen geht, die diese menschengemachte Katastrophe nötig macht. Als Oppositionspartei müssten wir in allen Parlamenten von der lokalen bis zur Bundesebene ständig darauf hinweisen und uns dafür einsetzen und dafür werben, damit bei großen Bevölkerungsmehrheiten in Deutschland und Europa dieses Denken Einzug hält. Dies geht sogar bis zum Lieferkettengesetz, das bekanntlich aufgrund der Lobby-Gewalt in Berlin und Brüssel abgeschwächt bis ausgesetzt wird oder werden soll. Viele Produkte, die in Deutschland verkauft werden, sind oft aus Ländern des Südens importiert, wo sie bei ihrer Herstellung unter anderem Menschenrechtsverletzungen und große Umweltschäden verursachen. Diese wiederum schaden dem Klima, örtlich und planetarisch.

Mit anderen Worten: eine Arbeitsgruppe Klimagerechtigkeit muss diese selbstverständlich auch international sehen, als Teil einer Außenpolitik, die auf unserer Seite ja "internationale Solidarität" heißt, Geschwisterzusammenhalt.

Hier schließt sich ein Kreis zum Biolandbau: Unterstützung des Biolandbaus im globalen Süden, erhebliche Anhebung der Nachfrage nach Produkten aus jener Region transportieren auch die oben unter Biolandbau genannten Vorteile in südliche Länder, die diese Vorteile enorm benötigen. Und nicht vergessen: wenn wir organisch hergestellten Kaffee, Kakao, Pfeffer, Bananen, Ananas,

Tee, Baumwolle und andere Produkte aus den Tropen und Subtropen kaufen wollen, weil sie unserer Gesundheit nutzen, so erreichen wir im gleichen Atemzug wichtige Auswirkungen auf die Gesundheit der ökologisch arbeitenden Bauern und Bäuerinnen und generell der Einwohnerschaft im globalen Süden und leisten auch dort den angesagten Beitrag zur Ernährungssicherheit, im doppelten Sinne!



Angebot Kattenhofer Biohofladen

Aus all dem Obigen folgt, dass wir die Großstadt Hamburg in die genannte Richtung zu drängen versuchen. In den Parlamenten von Bezirk bis Bürgerschaft, wo es was zu trinken gibt: BIO einkaufen! Und alle staatliche Verpflegung in Kantinen etc.: Bio besorgen. (Inklusive Gefängnissen und Kitas.) Und darüber hinaus dies bekannt machen und private ansprechen, es nachzumachen (DB-Kantine, Deutsche Post, Kirchen, Krankenhäuser, Gewerkschaften u.v.a.m.), z.B. auch die Kultureinrichtungen, besonders, wenn sie öffentlich gefördert werden.

Parallel dazu einen Tag der Linken organisieren mit den umliegenden Biohöfen in HH, SH und Niedersachsen, wo wir diesen unseren Vorstoß erläutern und unter anderem fragen, ob sie angebotsseitig da mithalten könnten. Dazu eingeladen alle Bioläden und -supermärkte, Bio-Großhändler, Bio-Helden z.B., etc.

Globaler Süden und faire Bedingungen (Lieferkette!) wären auch auf der Agenda. Es ginge also bei allem darum, es politisch zu machen, zu diskutieren und praktische Schritte vorzuschlagen. Klima! Dritte Welt!
(Gerd Schnepel, Rothenburgsort; auch Fotos)

Aus der Bezirkspolitik

Hitze in Hamburg-Mitte: Senat setzt weiter auf Freiwilligkeit statt auf wirksamen Schutz

Der Bezirk Hamburg-Mitte trägt eine besondere Verantwortung. Hier lebt ein großer Teil der wohnungslosen Menschen Hamburgs und gerade sie sind im Sommer immer stärker von extremen Temperaturen bedroht. Die angespannte Wohnungslage und Verdrängung verschärfen ihre ohnehin prekäre Situation weiter. Für viele wird Hitze längst zur lebensbedrohlichen Gefahr.

Hamburg hat im vergangenen Jahr einen Hitzerekord erlebt, und die Prognosen für 2025 sagen erneut Temperaturen über 40 Grad voraus. Dennoch bleibt der Senat mit seinem Hitzeaktionsplan alarmierend untätig, wenn es um den Schutz von Hilfebedürftigen geht.

Der Plan erkennt zwar an, dass wohnungs- und obdachlose Menschen besonders gefährdet sind, doch verbindliche Schutzmaßnahmen fehlen fast vollständig. Stattdessen setzt er auf Plakate, Apps und das Engagement von Ehrenamtlichen, während staatlich garantierte Hilfe weitgehend ausbleibt. Trinkwasserbrunnen gibt es zu wenige, und viele sind für die Betroffenen gar nicht erreichbar. Kühlende Rückzugsorte fehlen, ebenso eine flächendeckende medizinische Versorgung, die gerade für Menschen ohne Krankenversicherung lebenswichtig wäre. Gleichzeitig werden Menschen auf der Straße durch repressives Vorgehen weiter verdrängt, ein Thema, das der Hitzeaktionsplan völlig ignoriert.

Die Diakonie Hamburg, Hinz&Kunzt und die AG Straßensozialarbeit machen immer wieder darauf aufmerksam, dass die Hauptlast der Hilfe Ehrenamtlichen und privaten Initiativen aufgebürdet wird – und das reicht bei weitem nicht aus. Ohne schnelle und verbindliche Maßnahmen wird die Situation für viele lebensgefährlich.

Am 5. Juni, dem bundesweiten Hitzeschutztag, hat die Linksfraktion Hamburg-Mitte deshalb einen Antrag in den Sozialausschuss eingebracht. Nach der Beratung in der Bezirksversammlung wurde der Antrag zur weiteren Bearbeitung an den Ausschuss überwiesen. Ziel ist ein bezirklich koordiniertes, verbindliches Hitzeschutzprogramm, das die Verantwortung klar in die öffentliche Hand legt und den Schutz der verletzlichsten Menschen sicherstellt.



*Dieses Piktogramm würden auch Senior*innen gerne öfter sehen ...*

Gefordert werden unter anderem:

- Klimatisierte Rückzugsräume, etwa durch die Nutzung leerstehender öffentlicher Gebäude
- Verlängerte Öffnungszeiten in Tagesaufenthaltsstätten
- Flächendeckende, mobile und niedrigschwellige Trinkwasserversorgung an bekannten Aufenthaltsorten
- Verstärkte Straßensozialarbeit mit ausreichend Personal und Materialien, um direkt Hilfe vor Ort zu leisten
- Einrichtung einer telefonischen Notfallstelle, bei der Hitzefälle gemeldet werden können
- Veröffentlichung einer gedruckten Karte mit Trinkwasserstellen, kühlen Orten und Hilfsangeboten im Bezirk

Diese Maßnahmen sind kein Luxus, sondern eine Frage der Menschenwürde und der öffentlichen Verantwortung. Hitze darf kein Gnadentat sein, sondern Teil der Daseinsvorsorge – so wie das Kältenotprogramm im Winter.

Hamburg-Mitte zeigt deutlich, wie eng soziale Fragen und Klimagerechtigkeit verbunden sind. Ohne entschlossenes politisches Handeln wird Hitze für viele Menschen weiterhin eine Bedrohung für ihr Leben bleiben. Wer das weiß und nicht handelt, macht sich mitschuldig.

Nora Stärz, Co-Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion Hamburg-Mitte und Sprecherin im Ausschuss für Sozialraumentwicklung

Verlässlichkeit und warum ich in letzter Zeit so oft das Lied von Bettina Wegner "Es sind so kleine Hände" höre

In unseren bewegten Zeiten gibt es den Wunsch vieler Menschen nach Verlässlichkeit, aber nicht um die Verlässlichkeit, um die es hier gehen soll.

Wenn wir nach Konstanten in der Politik suchen, werden wir sehr oft aber auch sehr oft unangenehm fündig werden. Auf eine Konstante kann man sich immer verlassen! Geht es um Machtoptionen dann werden die Grünen zur Umfallerpartei. Für Macht tun sie alles.

Kurz zur aktuellen Vorgeschichte, die ich auch schon einmal im Mittenmang behandelt habe. Es geht um die Vergabepraxis der Räumlichkeiten Merkenstraße 24 an den Träger aus Horn. Ein Interessenbekundungsverfahren wurde abgebrochen und der Vorgang in den JHA verschoben. Hier ging es eigentlich nur darum, der Elternschule vorübergehend Räumlichkeiten anzubieten, da ihre alten Räume renoviert werden. Dieser Vorgang wurde dazu genutzt (mit den entsprechenden Mehrheitsverhältnissen) über die langfristige Vergabe zu entscheiden, ohne allerdings das Interessenbekundungsverfahren neu zu starten. Begünstigter war die Einrichtung aus Horn, zu der es persönliche Kontakte aus Kreisen der SPD gibt. Die anderen interessierten Träger aus Billstedt mussten in die Röhre gucken.

Das löste entsprechende Empörung aus, der sich auch die Grünen angeschlossen haben. Unsere Aktiven aus Billstedt haben dann einen Antrag für den Regionalausschuss Billstedt geschrieben. Ich bekam dann eine Benachrichtigung mit der Bitte unseren Antrag noch nicht einzureichen, da die Grünen einen Antrag in den Jugendhilfeausschuss (JHA) zu diesem Thema einreichen wollten, der nicht so hart formuliert werden sollte, um dort eine Mehrheit zu organisieren, die den Vergabeentschluss an den Träger aus Horn rückgängig machen und ein neues Interessenbekundungsverfahren einleiten sollte. Den von den Grünen formulierten Antrag habe ich gelesen, aber dann wurde er nicht eingereicht. Was war geschehen? Die SPD hat den Grünen Koalitionsverhandlungen in Hamburg Mitte angeboten. Die Grünen mussten zum Thema Merkenstraße allerdings eine 180 Grad Kehrtwende vollziehen. Die SPD weiß, dass das bei den Grünen zur DNA dazu gehört. Für Machtoptionen machen die alles. In diesem Fall ist es besonders interessant,

denn SPD und Grüne in Mitte mögen sich eigentlich nicht so richtig, weil ein Teil der Grünen damals zur SPD gewechselt ist und seitdem Animositäten bestehen, was dazu geführt hat, dass die SPD bisher Koalitionsverhandlungen mit den Grünen abgelehnt hatte. Der unsägliche Vorgang um die Merkenstraße hat da ein Umdenken ausgelöst. Seitdem stehen die Grünen brav an der Seite der SPD, wenn es um die Merkenstraße geht. Wenn ich richtig informiert bin, hätten unsere Vertreter (DIE LINKE) im JHA zusammen mit den freien Trägern, Volt und den Grünen über diverse eingereichte Anträge eine Mehrheit zu Gunsten eines fairen und transparenten Verfahrens gehabt, aber nun haben sich die Grünen gegen ihre ursprüngliche Haltung positioniert.

Dieses Verhalten der Grünen (auch der SPD) ist Wasser auf die Mühlen der Menschen, die das Vertrauen in die Politik verloren haben. Diese Menschen fühlen sich bestätigt. Sie gehen entweder nicht mehr wählen oder sie landen bei der AfD.

Das Verhalten der Grünen ist auch ein Schlag in die Fresse der freien Träger aus Billstedt, die sich ausgebootet fühlen und wohl auch ausgebootet wurden. Diese Träger hatten auch Hoffnung auf die Grünen gesetzt und sind nun bitter enttäuscht.

Es ist ein schändliches gegen jede politische Moral und Anständigkeit gerichtetes Verhalten. Wir werden das nicht vergessen und wir werden es den Menschen hier in unserem Stadtteil Billstedt immer wieder ins Gedächtnis rufen, wenn es in Vergessenheit geraten sollte.

Eine Textzeile aus dem Lied von Bettina Wegner passt hier wie die Faust aufs Auge:
"Klare gerade Menschen wären ein schönes Ziel.
Menschen ohne Rückgrat haben wir schon viel zu viel".

PS: Es gibt in diesem Zusammenhang Grüne, die Haltung bewahrt haben, aber sie werden leider immer weniger.

Liebe Grüße,
Uwe Everding-Böhm
Mitglied im Regionalausschuss Billstedt

Tarifrunde Öffentlicher Dienst (ÖD): Bund und Gemeinden

Ein Abschluss an der Inflationsrate - statt Arbeitszeitverkürzung, Mehrarbeit möglich ... !

In den Ausgaben der Mitternachtszeit von Januar, Februar und März hatte ich bereits ausführlich von der Tarifrunde der ÖD-Beschäftigten im Bund und in den Kommunen berichtet.

In Hamburg betrifft er rund 45.000 Tarifbeschäftigte und 5.000 Beamte, weil viele "Hamburger Betriebe" sich an deren Tarifverträgen orientieren (z.B. Kita Elbkinder, Stadtreinigung, Fördern und Wohnen, Behindertenwerkstätten, Bücherhallen, das Thalia Theater und die Staatsoper, HPA - Hamburg Port Authority, Flughafen, Asklepios-, Schön- und Helioskliniken, Bundesagentur für Arbeit). Seit Ende Januar bis Mitte März bewegten sich fast täglich Warnstreik-Demos durch die Stadt.



Kundgebung der Gesundheitsberufe, Foto: ena

Was wurde gefordert: ein Einkommensvolumen von 8 %, mindestens 350 Euro und höhere Zuschläge für besonders belastende Tätigkeiten, für die Azubis monatlich 200 Euro, zusätzlich drei freie Tage und ein sogenanntes "Meine-Zeit-Konto", über das jeder Beschäftigte selber verfügen sollte. Aber auch die dritte Verhandlungsrunde am 17. März scheiterte, weil die Arbeitgeberseite unter Nancy Faeser die Schlichtung einforderte. In der Zeit der Friedenspflicht sind keine Streiks mehr erlaubt.

Eine 24-köpfige Kommission (12 für die Gewerkschaften und 12 für die Arbeitgeber) mussten bis zum 1. April ein gemeinsames Verhandlungsergebnis vorlegen. Wäre es zu diesem nicht gekommen, hätte in dieser Tarifrunde Roland Koch (CDU Hessen) die Entscheidung treffen können.

Verdi und der Beamtenbund kritisierten den Weg der Schlichtung, da die Arbeitgeber sich faktisch "tot" in den drei Runden gestellt hätten. Diese argumentierten mit der "angespannten Haushaltslage" (geschätzt wurde der angestrebte Abschluss mit 15 Milliarden Mehrkosten). Die

Gewerkschaften argumentierten mit der hohen Inflationsrate und dem Fachkräftemangel. Schon jetzt sind bundesweit 550.000 Stellen unbesetzt. Aber die parallel laufenden Koalitionsverhandlungen durften nicht "gestört" werden.

Eine letzte Zusammenkunft der Tarifparteien sah ab 10.4. eine Mitgliederbefragung vor. Die "Ergebnisse" stießen nicht auf Begeisterung, so dass 37 Mitglieder der Verdi-Tarifkommission dem Abschluss nicht zustimmen mochten. Am 12.5. gab Ver.di bekannt, dass sich an der schriftlichen Abstimmung lediglich 24,1 % der Mitglieder beteiligt hätten - und davon nur 52,3 % zugestimmt haben.

"Zuviel gefordert ... nur Almosen erhalten?"

Der Abschluss im Einzelnen: der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 27 Monaten. Ab 1.4.2025 eine Entgelterhöhung von 3 % mindestens 110 Euro im Monat, für die Azubis 75 Euro mehr. Ab Mai 2026 eine Erhöhung von 2,8 %. Die Zulagen für besonders belastende Arbeitszeiten steigen von 40 auf 100 Euro in Schichtdiensten, von 105 auf 200 Euro für Wechselschichtdiensten, in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen von 155 auf 200 Euro. Alle Zuschläge werden zukünftig den Tarifierhöhungen prozentual angepasst. Ab 2027 für alle einen zusätzlichen Urlaubstag.

Und eine "Neuregelung", über die vorher nie diskutiert wurde: im Bund werden die Jahressonderzahlungen (13. Monatsgehalt) auf 75 bis 95 % erhöht. Teile dieser Zahlung können in bis zu drei Urlaubstage "umgewandelt" werden (aber nicht in Krankenhäusern und in Pflegeeinrichtungen). Ebenfalls neu: ab 2026 soll es im Rahmen einer "doppelten Freiwilligkeit" möglich sein, seine wöchentliche Arbeitszeit von 39 auf bis zu 42 Stunden auszudehnen.

Ein fataler Kompromiss für die Gewerkschaften: man kann sich auf absehbare Zeit eine Diskussion über Arbeitszeitverkürzung "schenken". Der Abschluss macht einen ratlos. Gibt es doch einige positive Elemente wie die Erhöhung der Zuschläge und die (viel zu niedrigen) Mindestbeträge.

Aus eigener Erfahrung bei bislang allen drei Arbeitgebern des Öffentlichen Dienstes (Bund, Land und Gemeinden) - der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist gerade in den kleineren Bereichen noch zu niedrig. Da täuschen uns die großen Demonstrationen der Kolleginnen in der Großstadt!

AfD endlich verbieten!

Demo in Hamburg

Rund 800-1000 Menschen demonstrierten am 31.5. gegen die von der AfD-Bezirksabgeordneten von Mitte, Nicole Jordan, angemeldete Kundgebung und Demonstration unter dem Titel "Gemeinsam für Deutschland".



Die Linke schreibt dazu in ihrem Aufruf: ... " Und während sich die Rechte auf den letzten Mobilisierungen (im März und April) als Kraft für den Frieden inszeniert habe, wissen wir, dass diese uns keinen Frieden bringen werde. Die AfD for-

... und in Demmin

Über 2.000 Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern und auch aus mehreren Regionen in Westdeutschland waren am 8. Mai nach Demmin (Vorpommern) gekommen, um gemeinsam mit örtlichen Antifaschist:innen einen „Trauermarsch“ von Neonazis durch die Stadt zu verhindern (siehe letzte Ausgabe). Allein aus Hamburg waren vier Busse angereist, insgesamt waren es 26! Mit einer Demonstration und mehreren Sitzblockaden wurde verhindert, dass die rund 290 angereisten Neonazis ihre gewohnte Strecke durch die Stadt marschieren konnten: Sie wurden am Abend nach langem Warten an den Stadtrand abgedrängt. Eine kleine Gruppe der Hamburger Linken waren mit PKW angereist, um am Nachmittag auch am Friedensfest teilzunehmen. Wir nutzten die Gelegenheit, Kontakt mit der Linken aus der Region aufzunehmen, auch mit Blick auf die

Die BO HaHoBo wächst! Grüße aus Hamm, Horn und Borgfelde (HaHoBo)!

Wie die ganze Partei wächst auch unsere Stadtteilgruppe. Nach dem Wahlkampf haben wir mit einem ganztägigen Workshop begonnen, uns weiter kennenzulernen und auszuloten, welche Themen in unseren Stadtteilen akut sind.

Unsere Themenliste ist vielfältig und enthält unter anderem das Thema Wohnen, mit der Präsenz der SAGA und Vonovia, Engagement gegen Rechte, die in unseren Stadtteilen durch Sticker versuchen Platz einzunehmen, Bündnisarbeit mit anderen Strukturen mit ähnlichen Zielen, gelebter Umweltschutz, Pläne (noch) passive Neumitglieder*innen zu kontaktieren und vieles mehr.

dert mehr Geld für die Bundeswehr, will die nationale Rüstungsindustrie stärken, die Wehrpflicht wieder aktivieren und alles daran setzen, die "deutsche Nation" zu stärken. Die AfD betreibt keine Friedenspolitik sondern nationale Machtpolitik. ..."

Das "Hamburger Bündnis gegen Rechts" schreibt: ... " Die AfD tritt die Menschenwürde mit Füßen und ist eine konkrete Gefahr für das Leben aller Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen ... Die AfD kann nur noch durch ein Parteiverbot gestoppt werden. Wir sind uns bewusst, dass (dieses) alleine nicht zu einem Verschwinden derer Positionen in der Gesellschaft führt. Dieses ist und bleibt im Wesentlichen die Aufgabe politischer Auseinandersetzung mit einer klaren antifaschistischen Haltung - ob im Parlament oder auf der Straße, ob im Betrieb oder im Bekanntenkreis.

Wir treten für das Verbot aller faschistischen Organisationen ein! ... " -ena



Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern im Herbst 2026. Da ist solidarische Unterstützung im Wahlkampf angesagt, um den drohenden Wahlsieg der AfD zu verhindern.

Christiane Schneider

Die erste Aktion zum gelebten Umweltschutz haben wir am Weltnichtraucher*innentag direkt umgesetzt. In Zusammenarbeit mit der Umweltschutzorganisation 'Surfrider', haben wir die Müllsammelaktion „Kippen nicht schnippen“ auf die Beine gestellt. Wir haben bei schönstem Sonnenschein 2,5 Stunden lang, mit zwischenzeitlich 12 helfenden Händen, von der Horner Freiheit bis hin zum EKZ Horn alles an Müll und vor allem eine unsagbare Zahl von knapp 6.000 (es waren genau 5884!) Kippenstummel aufgesammelt und nebenbei noch ein paar Blümchen gesät. Mit dieser Anzahl an Kippenstummeln und den Zahlen

aus allen anderen Sammlungen, die zeitgleich europaweit stattfanden, möchte Surfrider „...durch Aufklärung und Bildung das Bewusstsein für Zigaretten-Müll stärken, strengere Regulierungen durchsetzen und gemeinsam mit Städten und Tabakproduzenten Lösungen für das Recycling [...] entwickeln.“¹ Das Finden wir gut, das möchten wir unterstützen!



Unseren Aktivismus haben wir gleich mitgenommen und beschlossen: Zu-

künftig soll es bei uns regelmäßige Müllsammelaktionen geben! Die nächste findet am Samstag dem 28.06. um 11 Uhr vor der Horner Freiheit statt. Kommt zahlreich!

Mit unserem Zuwachs sind wir zu viele für das Büro in der Borgfelder Straße. Wir treffen uns jetzt jeden zweiten Montag im Monat in der Horner Freiheit und wollen einen monatlichen Kneipenabend etablieren. Die Seminarräume in der Horner Freiheit sind barrierefrei. Genaue Termine findet ihr hier im Mitteilungsblatt, der nächste ist wegen dem Pfingstwochenende auf den 16. Juni verschoben, kommt gerne dazu.

Christoph, Meret und Amrei für die Stadtteilgruppe Hamm, Horn, Borgfelde

(Quellen:¹ <https://surfriderfoundation.de/#:~:text=Eine%20unserer%20Kampagnen-,Kippen%20nicht%20schnippen,f%C3%BCr%20das%20Recycling%20zu%20entwickeln> 03.06.2025 07:36 Uhr)

BO St. Georg: Beim „Stadtfest“ kreativ vor Ort

Am letzten Mai-Wochenende hat die BO St. Georg gemeinsam mit der LAG Queer eindrucksvoll gezeigt, wie politische Präsenz auf einem Stadtfest aussehen kann: Bürger:innennah, kreativ und mit Angeboten für die ganze Familie.

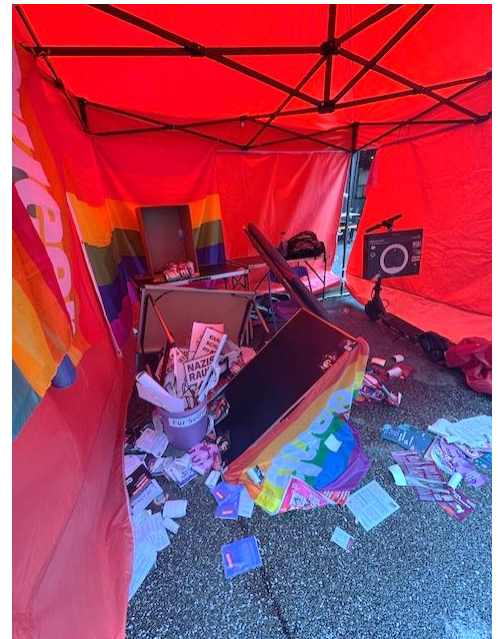
Zwei besondere Highlights zogen viele Besucher:innen an unseren Stand: Unsere politische Fotoecke bot die Möglichkeit, sich mit Schildern wie „Trauert dem 9-Euro-Ticket hinterher“ oder anderen pointierten Aussagen ablichten zu lassen. Viele griffen diese Einladung gerne auf und nahmen ein persönliches Statement-Foto mit nach Hause.



Auch herrschte großer Andrang beim Dosenwerfen: Jede Dose stand symbolisch für eine gesellschaftliche Ungerechtigkeit (etwa hohe Kita-Kosten oder teurer ÖPNV). So wurde mit viel Engagement und Augenzwinkern darüber

diskutiert, welche Missstände zuerst „umgeworfen“ gehören.

Leider wurde unser Engagement in der Nacht von Samstag auf Sonntag durch einen Einbruch überschattet: Unbekannte verschafften sich Zugang zu unserem Zelt und zerstörten Infomaterial. Doch wir ließen uns nicht entmutigen, organisierten kurzfristig Nachschub und waren auch am Sonntag wieder vor Ort. Trotz teilweise regnerischen Wetters suchten viele Bürger:innen und Familien aktiv das Gespräch mit uns.



Unser Fazit: Politische Arbeit auf einem Stadtfest wirkt. Besonders wenn man einen Mehrwert für die Besucher:innen bieten kann.

Raimund Leibold, BO St. Georg

"Semra Ertan begegnen"

Mit diesen Worten lud die gleichlautende Initiative aus St. Pauli am 24. Mai ein.

Mit einer Performance, Musik, Gedichten und Arbeiten von Schüler*innen der Stadtteilschule am Hafen sollte eigentlich die "Benennung" eines kleinen Platzes an der Clemens-Schultz-Straße würdig begangen werden.



Die jährliche Gedenkveranstaltung rund um Semra Ertans Todestag (28.5.1982) ist ihrem politischen Kampf gewidmet - in ihrem Schaffen und

Aktivismus. Seit über drei Jahren versucht die Initiative über den örtlichen Quartiersbeirat und dem Cityausschuss einen würdigen Gedenkort zu finden. Der kleine Platz in der Nähe ihres Sterbeortes (sie hatte sich aufgrund des aufkommenden gesellschaftlichen Rassismus angezündet und starb aufgrund der starken Verletzungen) bietet eine Möglichkeit für einen Erinnerungsort.

Umliegende Geschäfte und Gastronomie wurden um Zustimmung gebeten. Es hätte keine Adressenänderung gegeben. Erst die Wahlergebnisse für die neue Bezirksversammlung in 2024 boten neue Beratungsmöglichkeiten. In der Sitzung im Februar dieses Jahres wurde der Platzbenennung mehrheitlich zugestimmt.

Nun liegt es an der Senatskommission für die Benennung von Verkehrsflächen, dem Vorschlag endgültig zuzustimmen.

Verena Brachvogel, *auch Foto*

So arbeitet der neue Bezirksvorstand

Nachdem wir am 24. April gewählt wurden, hatten wir unsere konstituierende Sitzung an einem schönen Sonntagabend, am 4. Mai in der Borgfelder Straße.

Dort haben wir unsere Arbeit für die Wahlperiode strukturiert und Zuständigkeiten verteilt. Als Arbeitsfelder haben wir Finanzen, (Neu-)Mitgliederarbeit, Website, Social Media, Zetkin, Mittemang, Haustüraktionen, Kommunikation und die Zusammenarbeit mit der Bezirksfraktion ausgemacht. Außerdem haben wir einen erweiterten Bezirksvorstand eingerichtet, dem Vertreter*innen aus den Stadtteilgruppen mit beratender Stimme angehören, um die Kommunikation und Verknüpfung mit den Stadtteilgruppen zu übernehmen.

Damit die Arbeit des Bezirksvorstands für die Basis transparent ist, liegen Anträge, Beschlüsse und Protokolle in einer Cloud, auf die Mitglieder Zugriff bekommen können. Einladungen zu den Sitzungen erhalten ihr über den Verteiler bv-mitteaktiv. Alle Infos zur Arbeitsweise findet ihr auch auf der Parteiwebsite unter „Bezirksvorstand“.

Auf Basis dieser Struktur haben wir bereits angefangen zu arbeiten und zum Beispiel jede Menge Finanzanträge bewilligt, Haustüraktionen geplant oder die Website aktualisiert.

Wir freuen uns sehr auf eine rege Zusammenarbeit mit der Mitgliedschaft und sind für euch immer ansprechbar.

Luzian

Auch beim Tag der Befreiung war die LINKE gut sichtbar:



Viele Mitglieder der Hamburger Linkspartei beteiligten sich an der Demonstration anlässlich der Feierlichkeiten zum 80. Jahrestag zur Befreiung vom Faschismus - dem 8. Mai 1945:

"Chance für Frieden und Demokratie in Europa".

Foto: -ena

Termine in (und für) Mitte

Immer freitags, 17 bis 18 Uhr

Mahnwache für den Gedenkort Stadthaus
Stadthausbrücke/Ecke Neuer Wall

Donnerstag, 12.06., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Kulturpalast, Öjendorfer Weg 30 a

Sonntag, 15.06., ab 12 Uhr

Kundgebung gegen den Veteranentag
Kreuzung Poststraße/Neuer Wall (s.S. 3)

Montag, 16.06., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Montag, 16.06., 18:30 Uhr

Treffen der **BO HaHoBo**
Horner Freiheit, Am Gojenboom 46

Mittwoch, 18.06., 19:00 Uhr

Rotes Bier – Kneipenabend des Bezirksverbands
Kaffee Stark, Wohlwillstraße 18
(s. auch Mm 02/25)

Mittwoch, 18.06., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Donnerstag, 19.06., 17:30 Uhr

Öffentliche Sitzung der **Bezirksversammlung**
Caffamacherreihe 1-3, 11. OG

Donnerstag, 19.06., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
"Buttclub", St. Pauli-Hafenstraße 126

Samstag, 21.6., 11 – 17 Uhr

Speeddating mit Hamburger Politik (s.S. 2)
Landesgeschäftsstelle, Burchardstraße 21

Sonntag, 22.6., ab 10:15 Uhr

Fahrradsternfahrt (s.S. 5)
Treff am Altonaer Balkon

Juli

Dienstag, 01.07., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel V30**, Vogelhüttendeich 30, 21107 HH

Donnerstag, 10.07., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Kulturpalast, Öjendorfer Weg 30 a

Montag, 14.07., 18:30 Uhr

Treffen der **BO HaHoBo**
Horner Freiheit, Am Gojenboom 46

Mittwoch, 16.07., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Donnerstag, 17.07., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
"Buttclub", St. Pauli-Hafenstraße 126

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei:

<https://www.die-linke-hamburg.de/aktuelles/termine/>

Und der der Bürgerschaftsfraktion:

<https://www.linksfraktion-hamburg.de/termine>

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Rhia Baguley		
Lea Behn		
Laura		
Luzian Massarrat		
Vincent Rejmanowski		
Jamila Schrum		
Wolfgang Strauß (Schatzmeister)		wolfgang-strauss@gmx.net
Yannick Yildiz		
Gesamtvorstand		bv-mitte-vorstand@lists.die-linke-hh.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX